

Solidarität mit den Menschen in Israel und Palästina. Solidarität mit allen Betroffenen weltweit.

Wir verurteilen den menschenverachtenden Angriff der Hamas auf die Menschen in Israel aufs Schärfste. Die Verletzung, Ermordung und Geiselnahme von Zivilist*innen ist nicht zu rechtfertigen. Unser tiefes Mitgefühl gilt den Überlebenden, allen, die Menschen verloren haben und allen, deren Lieben von der Hamas verschleppt wurden und deren Schicksal noch immer unklar ist.

Wir sind gleichzeitig erschüttert angesichts des unerträglichen Leids der palästinensischen Zivilbevölkerung in Gaza, über die Bombardierungen sowie die völkerrechtswidrige Blockade, die katastrophale humanitäre Konsequenzen hat. Unser tiefes Mitgefühl gilt den Menschen in Gaza, die unter Krieg und Terror leiden, allen, die sich um ihre Angehörigen sorgen und allen, die ihnen liebe Menschen verloren haben.

Die Ermordung unschuldiger Menschen - egal welcher ethnischer oder religiöser Herkunft - kann niemals gerechtfertigt werden und wir verurteilen diese aufs Schärfste.

Aus unserer Perspektive ist es angesichts dieses in eine komplexe geopolitische Lage eingebetteten und seit Jahrzehnten andauernden Konflikts unmöglich nur mit Palästinenser*innen oder Israelis solidarisch und empathisch zu sein. Die Zivilbevölkerung leidet unter der Gewalt von Terrororganisationen und Staat – in Israel und in Palästina. Wir unterstützen und stehen solidarisch mit allen Menschen, die gewaltfreien und antimilitaristischen Widerstand leisten, denn eine Eskalation der Gewalt kann kein Weg zu anhaltendem Frieden sein.

Mit Sorge beobachten wir auch, wie mit der derzeitigen Situation umgegangen wird.

Wir sind besorgt über die massive Zunahme antisemitischer Vorfälle. Wir verurteilen die Angriffe auf Juden*Jüdinnen und jüdische Einrichtungen in Deutschland und der ganzen Welt sowie die Relativierung der Massaker vom 7. Oktober und stellen uns entschieden gegen jede antisemitische Handlung.

Wir sind ebenso besorgt darüber, dass die antisemitischen Taten einer Minderheit dazu benutzt werden, um die gesamte palästinensische Solidaritätsbewegung zu diskreditieren. Wir beobachten dabei auch mit Besorgnis, dass pauschal allen palästinensischen Menschen und ihren Unterstützer*innen ihr Grundrecht auf Meinungsäußerung abgesprochen wird. Dass dieser Protest und Meinungsäußerungen immer gewaltfrei sein müssen und keinen Antisemitismus (re)produzieren dürfen, ist für uns von enormer Wichtigkeit.

Wir stellen uns gegen die vielfach zu beobachtende Instrumentalisierung von Antisemitismus, um Stimmung gegen muslimisch (gelesene) Menschen zu machen. Die Behauptung, Antisemitismus sei ausschließlich ein Problem der muslimischen und palästinensischen Bevölkerung ist schlichtweg falsch. Statistiken zeigen deutlich, dass die überwältigende Mehrheit antisemitischer Straftaten von nichtmuslimischen, rechtsextremen Deutschen



verübt werden. Wir kritisieren ebenso deutlich Antisemitismus innerhalb der linken Bewegung.

Antisemitismus war, ist und bleibt ein großes Problem in Deutschland und der ganzen Welt. Rassismus darf hierauf keine Antwort sein, insbesondere in Zeiten, in denen eine rassistische und antisemitische Politik von rechtspopulistischen Parteien, Organisationen, Gruppen und Individuen immer weiter normalisiert wird.

Wir stellen uns entschieden gegen anti-palästinensischen und antimuslimischen Rassismus, gegen Antisemitismus und gegen jegliche Unterdrückung.

Wir fordern einen sofortigen Waffenstillstand, ein Ende von Krieg und Terror und hoffen auf einen diplomatischen, gewaltfreien und antimilitaristischen Frieden in der Region.

Bundesvorstand, Service Civil International – Deutscher Zweig e.V.
26.10.2023

Weitere unterzeichnende Zweige:

SCI France